DGB
Emscher-Lippe

GEW
Gelsenkirchen

Pressemitteilung 16.7.2004

GEW und DGB fordern:
Endlich handeln – Bildungsnotstand abwenden!

Gelsenkirchen und die Emscher-Lippe-Region brauchen ein langfristig angelegtes Pilotprojekt zur Überwindung des Bildungsnotstandes. Massive Finanzhilfen von Land und Bund sind erforderlich, um die Beschäftigungsfähigkeit der jungen Menschen an Emscher und Lippe nachhaltig zu verbessern.

Um das ganze Ausmaß des Bildungsnotstandes zu verdeutlichen, stellten DGB und GEW jetzt für jeden der **958 Sitzenbleiber** im letzten Schuljahr und für **253** junge **Schulabgänger ohne Abschluss** einen leeren Stuhl auf den Gelsenkirchener Neumarkt. Der Stuhl als Symbol fürs Sitzenbleiben zeigt die Fehlsteuerung im Schulwesen. In Hessen soll Sitzenbleiben abgeschafft werden: Sitzenbleiben ist für den Schüler beschämend und bringt keine Besserung der Schullaufbahn und kostet aber den Steuerzahler 7.300 Euro pro Fall. In Gelsenkirchen wären ohne Sitzenbleiben **7.000.000 Euro** für die sozialpädagogische Betreuung und Förderung der Schilder „drin". Schule könnte durch gezielte Förderung den Schülern wieder Spaß machen – und den Lehrern auch.

Schulabgänger ohne (Haupt-) Schulabschluss haben nur sehr geringe Chancen auf eine berufliche Erstausbildung und damit auf eine qualifizierte Tätigkeit in der Wirtschaft. Arbeitslosigkeit ist vorprogrammiert. In Gelsenkirchen liegt die Quote der Schulabgänger ohne Abschluss (10,1 %) fast doppelt so hoch wie im Landesdurchschnitt NRW (6,2 %).

Alarmierend ist auch die „Verfassung" der Viertklässler: Von den 2.700 Grundschülern der vierten Klasse verlassen 800 die Grundschule in diesen Tagen mit gravierenden Schwächen im Lesen, Rechtschreiben und Rechnen. Mit „Sitzenbleiben" werden diese Schwächen in der Sekundarstufe I nicht kompensiert.

Dazu passt die Feststellung, dass insgesamt in Gelsenkirchen und der Emscher-Lippe-Region viel zu viele Schüler mit zu niedrigen Schulabschlüssen die Schulen verlassen.

Nach Meinung von DGB und GEW ist der gesellschaftliche Auftrag „Chancengleichheit" nur zu bewältigen, wenn die schulische Ausbildung in der Emscher-Lippe-Region grundlegend verbessert wird. Nur durch ein Netzwerk von Sozialberichterstattung und Kleinraumforschung sowie sozialarbeiterischen und pädagogischen Sondermaßnahmen kann die Bildungsferne eines bedeutenden Teils der regionalen Bevölkerung überwunden werden. Schul- und Bildungsverwaltung sowie die Jugendhilfe brauchen erheblich mehr Finanzmittel, um die Beschäftigungsfähigkeit der Menschen zukünftig zu gewährleisten.

In Gelsenkirchen herrscht Bildungsnotstand, obwohl aus eigener Kraft viel Vorbildliches auf die Beine gestellt wurde, um Chancengleichheit zu ermöglichen. Doch das Machbare stößt schon an seine finanziellen, personellen und sachlichen Grenzen. DGB und GEW erwarten deshalb von der Gelsenkirchener „Emscher-Lippe-Konferenz" starke Impulse für eine Neuausrichtung der schulischen Bildungspolitik mit Modellcharakter und zusätzlichen Fördermitteln.

Im Rahmen eines „Masterplanes Schulerfolg" verlangen GEW und DGB erste Sofortmaßnahmen:

Kinder sind die Zukunft unserer Region. Deshalb müssen unsere Kinder unabhängig von ihrer Herkunft optimal gefördert und ausgebildet werden.

1. Individuelle Frühförderung in Kleingruppen ist mit verbesserten personellen, sächlichen und zeitlichen Ressourcen zu gewährleisten.

2. Ein integriertes pädagogisches Gesamtkonzept und eine Förder- und Unterrichtsdatenbank für den Elementar- und Primarbereich durch Stabsstellen ist zu erstellen.

3. Der Elementarbereich braucht langfristige personelle Planungssicherheit, eine Erhöhung, bzw. bei rückgehenden Kinderzahlen, eine (adäquate) Beibehaltung der Zahl der Fachkräfte und Sprachförderkräfte.

4. Die Nutzung der Vorsorgemaßnahmen U 1 bis U 9 mit dem Ziel der frühen Diagnose von Entwicklungsstörungen mit anschließender Therapie ist zu steigern. Laut Gesundheitsberichterstattung der Stadt Gelsenkirchen haben rund ein Drittel der sog. I-Männchen „schulrelevante Auffälligkeiten".

5. Eine Aufklärungsoffensive in Elternhäusern mit Migrationshintergrund muss verdeutlichen, dass das Erlernen der deutschen Sprache eine Bringschuld ist und Voraussetzung für eine erfolgreiche Bildungskarriere der Kinder, unterstützt durch öffentliche Förderung.

6. Wenn die Startchancen junger Menschen nicht länger von ihrer sozialen Herkunft abhängen sollen, müssen Bildungseinrichtungen den unterschiedlichen Bedürfnissen von Kindern und Jugendlichen gerecht werden. Sie müssen Kinder mit Behinderungen integrieren, Kinder ausländischer Eltern bei Sprachschwierigkeiten unterstützen und Kinder mit Lernschwierigkeiten fördern. Lernen muss sich viel mehr als bisher an den unterschiedlichen Fähigkeiten der Kinder orientieren.

7. Ganztagsgrundschulen für ca. 2500 Kinder allein in Gelsenkirchen bis zum Jahr 2007 erfordern erfolgversprechende und bedarfsgerechte Personal- und Sachressourcen. Ganztagsgrundschule muss in die Lage versetzt werden, auch nachmittags kompensatorisch zu arbeiten.

8. Ein Teil der Kinder und Jugendlichen ist „besonders anstrengend" und beeinträchtigt geordneten Unterricht. Schulen brauchen deshalb langfristig angelegte Unterstützung durch („Soziale Frühwarnsysteme"), Sozialarbeiter, Psychologen und Jugendhilfeeinrichtungen. Ein städtisches „Frühwarnsystem" für problematische Biographien ist aufzubauen.

9. Eine gute Bildungspolitik hängt nicht allein von der Haushaltslage ab. In der derzeitigen Situation kommt es darauf an, die knappen Mittel sinnvoll einzusetzen. Kommunen sollten sich darauf konzentrieren, Projekte anzuschieben und zu stützen, die Benachteiligten helfen.

10. Wenn im deutschen Schulsystem gesiebt wird, fallen Kinder aus bildungsfernen Familien häufiger durch den Rost. Sie werden öfters von der Einschulung zurückgestellt, wiederholen eher Klassen und landen häufiger auf der Sonderschule. Wenn Kinder nicht länger in und an diesem Schulsystem scheitern und ihnen damit Zukunftschancen genommen werden sollen, müssen Pädagogen und Verantwortliche umdenken. Lehrer/-innen dürfen nicht länger aussieben, sie müssen Kinder individuell fördern.

11. Schüler und Eltern sind bei der Berufswahlentscheidung oft überfordert. Rund 25 % eines Jahrgangs brechen ihre Ausbildung ab, davon etwa die Hälfte im ersten Jahr.
    Zu den häufigsten Gründen zählen falsche Vorstellungen von gewählten Berufen und vom Arbeitsleben. Schüler/-innen brauchen Profis, die sie bei der Berufswahl beraten und ihnen helfen, die für sie wichtigen Informationen

aus der Fülle der Angebote herauszufiltern. Deshalb sind die Errichtung eines Netzwerkes „Berufswahlorientierung“ und genügend qualifizierte Praktikumplätze für alle notwendig.

12. Die Lage auf dem Ausbildungsmarkt ist dramatisch. Auf eine Ausbildungsstelle kommen in Gelsenkirchen und der Emscher-Lippe-Region drei Bewerber/-innen. Die Zahlen der Schulabgänger steigen bis 2007 weiter an. In dieser Situation müssen Kommunen mit gutem Beispiel vorangehen und selbst mehr Auszubildende einstellen. Vertreter/-innen des Rates können über ihre Sitze in Aufsichtsräten oder Vorständen der städtischen Unternehmen darauf drängen, dass Sparkassen oder Stadtwerke mehr ausbilden.

13. Die Anforderungen in vielen Berufen verändern sich in immer kürzeren Abständen. Deshalb wird Weiterbildung immer wichtiger. Trotz der Kürzungen von Land und Bund bei der Weiterbildung und der neuen Regelungen bei den Hartz-Gesetzen muss die Region selbst Initiativen ergreifen, um ein attraktives Weiterbildungs- und Beratungsangebot für „ihre“ Arbeitnehmer/-innen „aufzubauen“.

14. Um im Wettbewerb der Regionen mithalten zu können, muss die unterdurchschnittliche Zahl der Studierenden in der Emscher-Lippe-Region erhöht werden. Dazu müssen Maßnahmen zwischen den Sozialpartnern und den Kommunen verabredet werden, wie die Zahl der studierfähigen Schüler gesteigert werden kann.